

Stuttgarter Erklärung zur Fortführung des Widerstands gegen Stuttgart 21



Schlichtung, Stresstest, Volksabstimmung, eine Farce nach der anderen!

Hier finden Sie die ausführliche Begründung zur Fortsetzung des Protests

<http://infooffensive.de/petition>

und hier können Sie die Petition online unterzeichnen

www.stuttgarter-erklaerung.de

Auszüge aus der Stuttgarter Erklärung zur „Volksabstimmung“

Bei der sogenannten Volksabstimmung über das S21-Kündigungsgesetz der Landesregierung votierte die Mehrheit der Wähler im Land gegen eine Kündigung der Landesbeteiligung. Politik und Medien forderten uns daraufhin auf, unseren Protest einzustellen. Dies lehnen wir entschieden ab, weil sich dieses Referendum bei genauer Untersuchung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen als eine inszenierte, scheindemokratische Farce zur Stilllegung des Widerstands entpuppt.

Voraussetzungen fürs Referendum nicht erfüllt

Die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten Voraussetzungen für das Referendum wurden nicht gewährleistet:

- Bau- und Vergabestopp bis zum Referendum;
- vollständige Transparenz über Prämissen und Ergebnisse des Stresstests;
- vollständige Kostentransparenz hinsichtlich der Bau- und Ausstiegskosten;
- Vorliegen aller Planfeststellungsanträge für nicht genehmigte Bauabschnitte;
- gemeinsames Bemühen zur Abschaffung oder Reduktion des Zustimmungsquorums von 33 Prozent.

Das Fazit lautet: Die Landesregierung hat die von diesen Regelungen geweckte Erwartungshaltung mehrfach enttäuscht und teilweise sogar konterkariert. So hat sie den mangelhaften „Stresstest“ akzeptiert und es unterlassen, die Leistungsfähigkeit des Kopfbahnhofs zu bewerten und mit der Kapazität des Tiefbahnhofs zu vergleichen. Entscheidungsrelevante Sachverhalte wie die festgestellte Stundenzugkapazität von über 50 Zügen im Kopfbahnhof wurden den Wählern vorenthalten und gezielte Desinformation über die Ausstiegskosten zugelassen.

Unfairer Wahlkampf ohne Waffengleichheit

Projektbefürworter und -gegner gingen mit einer eklatanten Ungleichheit an Budgets und medialer Unterstützung ins Rennen. Öffentliche Körperschaften, Kommunen und Regionalverbände haben landesweit mit falschen Zahlen die Entscheidungsfindung der Wähler systematisch beeinflusst und unzulässig manipuliert. Dabei wurde das staatliche Neutralitäts- und Objektivitätsgebot massiv verletzt und die „Volksabstimmung“ zu einer pseudodemokratischen Inszenierung degradiert.

Der 27.11.2011 war somit kein „guter Tag für die Demokratie“. Dass sich unter diesen Bedingungen 1.507.961 Wähler trotzdem für ein Ja entschieden, ist das Wunder. Es bestärkt uns darin, am friedlichen und gewaltlosen Protest gegen das Projekt Stuttgart 21 festzuhalten, um zu verhindern, dass die DB AG mit Abrissbirne und Kettensäge weitere irreparable Schäden in Stuttgart anrichtet, ohne vorher die wahre Belastung für Stadt und Land offenzulegen.

Forderungen an die Landesregierung

- Handeln Sie entsprechend Ihrem Amtseid, der Sie verpflichtet, Schaden von uns abzuwenden! Missbrauchen Sie nicht länger das unlauter erzielte Abstimmungsergebnis bei der sogenannten Volksabstimmung als Blankoscheck für Ihre Untätigkeit!
- Verlangen Sie von der DB AG den Bauablaufplan und den Nachweis, weshalb der Abriss denkmalgeschützter Gebäude sowie das vorzeitige Fällen der Bäume im Schlossgarten unabdingbar gewesen sein sollen. Denn nur unter dieser Bedingung hätte das Land Polizeikräfte zur Durchsetzung der Bauarbeiten bereitstellen dürfen!
- Führen Sie einen öffentlichen und ergebnisoffenen Faktencheck mit Bürgerbeteiligung auf den Fildern durch! Verhindern Sie, dass die Beseitigung ersichtlicher Engpässe dem Steuerzahler aufgebürdet werden.
- Nehmen Sie die Kritik am „Stresstest“ auf, und gewährleisten Sie einen fairen Leistungsvergleich von Kopf- und Tiefbahnhof. Eine Kapazitätsminderung darf nicht bezuschusst werden!
- Fordern Sie die DB AG auf, umgehend eine aktualisierte Kostenrechnung mit Berücksichtigung aller in der „Schlichtung“ vereinbarten Maßnahmen vorzulegen, und stellen Sie im Zuge einer Zusatzvereinbarung zum Finanzierungsvertrag sicher, dass die maximale Landesbeteiligung von 931 Mio. Euro festgeschrieben wird.

Vollständige Erklärung

Download unter: <http://infooffensive.de/petition>
Hier finden sich auch Vorlagen für Werbemedien.

Hier können Sie online unterzeichnen

www.stuttgarter-erklaerung.de



Ein Querschnitt bekannter Unterzeichner:

Tom Adler (Gemeinderat in S, AB)
Joe Bauer (StN-Kolumnist)
Dr. Norbert Bongartz (Oberkonservator i.R., AB)
Prof. Peter Buck (Musiker)
Peter Conradi (Architekt, ehem. MdB)
Peter Dübbers (Architekt, Bonatz-Erbe)
Simone Eberle (Rechtsanwältin)
Dr. Christoph Engelhardt (Analytiker)
Prof. Dr.-Ing. Martin Ernst (Baustatiker)
Klaus Gebhard (Parkschützer-Gründer)
Peter Grohmann (Kabarettist)
Egon Hopfenzitz (Hbf-Vorsteher a.D.)
Wilfried Hüfler (Demokratie-Initiative 21)
Prof. Dr. Erwin Küster (Steuerexperte)
Dr. Ralf Laternser (Geologe)
Sabine Leidig (MdB)
Dr. Eisenhart von Loeper (Rechtsanwalt, AB)
Volker Lösch (Regisseur)
Jens Loewe (Künstler und Autor)
Andreas Mayer-Brennenstuhl (Künstler)
Fritz Mielert (APS, Campact)
Guntrun Müller-Enßlin (Theologin)
Sabine Onayli (Gemeinderätin in LE)
Hagen von Ortloff (SWR-Redakteur)
Prof. Roland Ostertag (Architekt)
Gerhard Pfeifer (BUND, AB)
Martin Poguntke (Schuldekan)
Christine Prayon (Kabarettistin)
Dr. Gerhard Raff (Historiker, StZ-Kolumnist)
Dieter Reicherter (Vors. Richter a.D.)
Thomas Renkenberger (APS)
Hannes Rockenbauch (Gemeinderat in S, AB)
Dr. Werner Sauerborn (Gewerkschafter, AB)
Clarissa Seitz (Gemeinderätin in S, AB)
Steffen Siegel (Schutzgemeinschaft Filder)
Walter Sittler (Schauspieler)
Heinrich Steinfest (Literat und Maler)
Dr. Wolfgang Sternstein (Friedensforscher)
Gangolf Stocker (Gemeinderat in S)
Christoph Strecker (Richter a.D.)

Stuttgart schützen – K 21 umsetzen!

Stuttgart 21 führt nachweisbar zu einer Reduktion der Bahnhofskapazität. Die Förderung von S 21 mit Mitteln von Bund und Land ist deshalb gesetzeswidrig!

Mit K 21 schaffen wir ein Musterbeispiel für einen zukunftsorientierten und ökonomisch sinnvollen, umwelt- und menschenfreundlichen Bahnhof.

Für ein lebenswertes Stuttgart und ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg fordern wir von unseren Politikern, dass sie

- den Kopfbahnhof modernisieren, der für einen Bruchteil der Kosten doppelt so viel leisten könnte wie der S21-Tiefbahnhof,
- den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr im ganzen Land ausbauen,
- den Integralen Taktfahrplan (ITF) einführen und
- den Gütertransport weitestmöglich von der Straße auf die Schiene verlagern.

Lassen Sie sich nicht entmutigen, und halten Sie sich an die Empfehlung von Stéphane Hessel: „Sie müssen weiter auf die Straße gehen!“

- Machen Sie mit und unterzeichnen Sie – wie weltweit schon Tausende – die **Stuttgarter Erklärung zur Fortführung des Widerstands gegen Stuttgart 21 (SE)** unter www.stuttgarter-erklaerung.de. Online geht's auch ohne sichtbarem Namen.
- Die ausführliche Fassung der Stuttgarter Erklärung und Vorlagen zur Bewerbung der Erklärung finden Sie unter: <http://infooffensive.de/petition>
- Animieren Sie Freunde und Bekannte, online oder handschriftlich zu unterzeichnen. Unterschriftenlisten können Sie auf <http://openpetition.de/petition/weiterleiten/stuttgarter-erklaerung-zur-fortfuehrung-des-widerstandes-gegen-stuttgart-21> herunterladen und ausgefüllt an der **Mahnwache** abgeben oder an Ulrike Braun, c/o Parkschützerbüro, Urbanstr. 49a, 70182 Stuttgart, schicken.
- **Unterstützen Sie unsere Arbeit** – mit Ihrer Spende an: Umkehrbar e.V., Konto 702 062 7400, BLZ 430 609 67 (GLS-Bank), Verwendungszweck: Info-Offensive/SE. Spendenbescheinigungen können leider nicht ausgestellt werden.



Web-Links:

Informationen zu K21 und zum Widerstand gegen S 21:

www.kopfbahnhof-21.de | www.fuer-k21.de | www.juristen-zu-stuttgart21.de

Presseberichte und Hintergrundinformationen von Experten:

www.parkschuetzer.org/presse | http://de.wikireal.org/wiki/Stuttgart_21/Stresstest

Aktuelles mit Terminen und Pressespiegel, Forum und Newsletter-Abo:

www.parkschuetzer.de | www.bei-abriss-aufstand.de | www.aussteiga.de